

6. Natur

Die gesellschaftliche Aneignung der Natur ist derart grundlegend, dass sie in den Sozialwissenschaften lange Zeit als gegeben angenommen wurde. Die disziplinäre Aufteilung der Wissensfelder in Wirtschafts-, Sozial- und Geisteswissenschaften einerseits, sowie Natur- und Technikwissenschaften andererseits, ‚überließ‘ Fragen von Natur und Umwelt Letzteren. Auch gesellschaftlich wurden und werden die historisch-konkreten Formen, in denen Natur angeeignet wird – um sich zu ernähren, fortzubewegen, zu wohnen, sich fortzupflanzen – meist als selbstverständlich angenommen. Soziale Verhältnisse sowie Fragen von Macht und Herrschaft, die sich im Verhältnis von Natur und Gesellschaft ausdrücken, bleiben unberücksichtigt.

Dies hat sich seit den 1970er Jahren teilweise verändert. Die immer weitere Ausbeutung bzw. Beherrschung der Natur, beispielweise im Rahmen der landwirtschaftlichen ‚Grünen Revolution‘ mit ihren problematischen Konsequenzen, erzeugte Kritik. Die ‚ökologische Krise‘ wurde gesellschaftlich relevant. In Stockholm fand 1972 eine erste internationale United Nations Conference in Human Environment (UNCHE) statt, in deren Folge das United Nations Environmental Program (UNEP) mit Sitz in Nairobi gegründet wurde. Die Konferenz gilt als der Ausgangspunkt globaler Umweltpolitik.

In den 70er Jahren wurden verschiedene internationale Abkommen geschlossen, wie das über Feuchtgebiete (die sog. Ramsar Konvention von 1971, in Kraft getreten 1975), die Konvention zum Schutz des Weltkultur- und Naturerbes (World Heritage Convention von 1972/1975), das Washingtoner Artenschutzabkommen CITES (1973/1975) oder die Konvention zum Schutz wandernder wildlebender Tierarten (sog. Bonner Konvention von 1979/1983). In den 1980er und 1990er Jahren kamen u.a. die Wiener Konvention zum Schutz der Ozonschicht von 1985/1988 bzw. deren Konkretisierung im Montrealer Protokoll von 1987/1989 hinzu.

Von Globalisierung sprach damals niemand, aber es wurde zunehmend erkannt und politisch relevant, dass viele Umweltprobleme nicht nur auf lokaler oder nationalstaatlicher Ebene bearbeitet werden konnten, sondern internationaler politischer Kooperation bedurften. Seit den 1970er Jahren entwickelte sich eine Diskussion um ein neues Leitbild als Antwort auf die ökologische Zerstörung. Bekannt wurden das *Ecodevelopment*-Konzept in den 70er Jahren (vgl.

Bruckmeier 1994: 162-174) und die *World Conservation Strategy* der 1980er (IUCN et al. 1980; fortgeschrieben in IUCN et al. 1991). Diese Diskussionen sind seit Mitte der 1980er Jahre in das Leitbild einer ‚nachhaltigen Entwicklung‘ überführt worden. Der überragende Beitrag hierfür ist der Bericht „Our Common Future“ (Deutsch als Hauff 1987; zur neueren Diskussion Meier/Wittich 2007; Spangenberg 2008) der World Commission on Environment and Development, der sog. Brundtland-Kommission.

Ein Kristallisationspunkt der konflikthaften Herausbildung globaler Umweltpolitik wurde die 1992 in Rio de Janeiro veranstaltete UN Conference on Environment and Development (UNCED), auf der mehrere internationale Abkommen unterzeichnet wurden: Die Konvention über biologische Vielfalt (engl. CBD) und die Rahmenkonvention über Klimawandel (FCCC), wurden 1993 und 1994 für jene Staaten, die die Konventionen ratifiziert hatten, völkerrechtlich verbindlich. Aktuell sind dies 191 Staaten in der CBD und 192 in der FCCC (Stand November 2009). Zudem wurden auf der UNCED die völkerrechtlich nicht verbindlichen Deklarationen zu Wäldern und Wüsten, sowie die ebenso unverbindliche, aber enorm umfangreiche Agenda 21 verabschiedet und der Council on Sustainable Development eingerichtet. Auch in der neu gegründeten Welthandelsorganisation bildete sich, fast schon selbstverständlich, eine Commission on Trade and Environment (CTE).

Die Umweltdiskussion der 1990er Jahre hatte zum Resultat, dass der globale und umfassende Charakter der ökologischen Krise anerkannt wurde: Dieser bestand u.a. in dem Verlust der biologischen Vielfalt, dem von Menschen verursachten Klimawandel, der in einigen Regionen sich zuspitzenden Wasserknappheit, der zunehmenden Knappheit fossiler Energieträger etc.

Seit der ‚Rio plus 10‘-Konferenz in Johannesburg im Jahr 2002 ist das Globalisierungsthema in den offiziellen Diskursen und Debatten angekommen. Globalisierung wird als neue Epoche begriffen, die zwar Probleme erzeuge (zunehmender Welthandel, eine enorme Zunahme der Ressourcennutzung durch die Industrie- und Schwellenländer und dortiger ressourcenintensiver Produktions- und Konsummuster), aber auch ein zunehmendes Problembewusstsein und eine noch schnellere Diffusion von Technologien und *best practices* politischen und sozialen Handelns mit sich bringen würde.

Seit 2006/2007 scheint es einen weiteren Bruch in der Diskussion zu geben. Die politische Umweltdebatte und die Umweltforschung betonen seither, dass die politisch-institutionellen wie auch unternehmerischen, nationalen wie auch internationalen Umweltpolitiken – bei allen Teilerfolgen im einzelnen – die grundlegende Dynamik der Umweltzerstörung nicht stoppen konnten.

Der Optimismus gelingender internationaler Kooperation scheint gewichen. Zudem rückt durch die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise das ‚Umweltthema‘ tendenziell nach hinten auf der politischen Agenda. Allerdings gibt es auch eine gegenläufige Tendenz: Die Existenz und langjährige Thematisierung der ökologischen Krise hat dazu geführt, dass die Überwindung der Krise durchaus etwas mit der Bearbeitung der ökologischen Krise zu tun haben könnte. Begriffe wie *Green New Deal* oder ‚grüner Kapitalismus‘ haben durchaus eine gewisse Prominenz (Kaufmann/Müller 2009).

Die kritische sozialwissenschaftliche Umweltforschung weist dagegen auf die unzureichende Umsetzung der Umweltpolitiken hin. Die ökologische Krise sei kein reines Managementproblem, sondern hänge mit machtvoll gesetzten Produktions- und Konsumnormen sowie mit tief in der Bevölkerung verankerten Lebensweisen zusammen. Jenseits symbolischer und inkrementeller Politik scheint die grundlegende Transformation des Verhältnisses zwischen Gesellschaft und Natur hin zu nicht zerstörerischen Praktiken aktuell eher unwahrscheinlich.

Forschungsansätze

Der Begriff der Globalisierung bezeichnet einerseits eine neue Phase gesellschaftlicher Entwicklung seit den 1980er Jahren und andererseits die Tatsache, dass internationale Strukturen und Prozesse für lokale und nationale Entwicklungen wichtiger werden. *Explizite* Untersuchungen zum Zusammenhang von Globalisierung und Umwelt machen – trotz wachsender interdisziplinärer Forschung – innerhalb der natur-, technik- und sozialwissenschaftlichen Umweltforschung insgesamt nur einen geringen Anteil aus.

In so genannten internationalen Assessments wird das bestehende, insbesondere das naturwissenschaftliche Wissen gebündelt (Reid et al. 2006; MA 2005; IPCC 2007; Stern 2006; IAASTD 2008). Zudem spielt wirtschaftswissenschaftliches Wissen eine wichtige Rolle und in wachsendem Maße werden sozialwissenschaftliche Erkenntnisse berücksichtigt.

Empirisch werden die sozialwissenschaftlichen Untersuchungen meist in einzelnen Politikfeldern (Klimawandel, Erosion der biologischen Vielfalt), teilweise auch vergleichend durchgeführt. Die sozialwissenschaftlichen Forschungsansätze, die sich mit der globalen ökologischen Krise und internationaler Umweltpolitik befassen, lassen sich folgendermaßen unterteilen. Neben den genannten Ansätzen gibt es weiterhin viele Akteursanalysen (von Regierungen, Unternehmen, NGOs und sozialen Bewegungen), die sich jedoch unterschiedlichen theoretischen Paradigmen zuordnen lassen.

1) ***Institutionalistische Ansätze*** untersuchen die Bedingungen und Wirkungen der sich zunehmend internationalisierenden Umweltpolitik (Axelrod et al. 2005). Die seit den 1980er Jahren entstandene Regimetheorie ist hier der prominenteste und in vielen Untersuchungen angewendete Ansatz, der auch den Hintergrund vieler Beiträge zu Global (Environmental) Governance darstellt (Breitmeier et al. 2007; Young et al. 2008). Sie geht davon aus, dass grenzübergreifende Umweltprobleme effektiv über politische Institutionen bearbeitet würden, mittels derer klare Prinzipien, Normen, Regeln und Entscheidungsverfahren entwickelt und umgesetzt würden, an die sich die Regierungen und andere Akteure hielten. Als entscheidende Triebkraft der grenzüberschreitenden Kooperation werden die Verringerung der Transaktionskosten, der Abbau von Erwartungsunsicherheit, transparente Informationen und das Interesse an einem guten Ruf der Staaten angenommen. Daneben werden die Entstehung, das Design, der Wandel und die Effektivität der Regime untersucht. Auch das Wissen um Umweltprobleme und Politikprozesse wird als wichtig angenommen und spielt in den Untersuchungen eine entsprechende Rolle (Haas et al. 1993). Die Regimetheorie geht mehrheitlich davon aus, dass die Produktion internationaler Normen eine gewisse Eigenständigkeit gegenüber den nationalstaatlichen Machtkonstellationen erlange (lediglich eine eher unbedeutende neorealistische Variante der Regimetheorie – siehe unten – nimmt an, dass Regime Ausdruck bestehender Machtverhältnisse und Interessen sind).

2) **Das (neo-)realistische Paradigma** der politikwissenschaftlichen Disziplin der Internationalen Beziehungen geht davon aus, dass es angesichts eines fehlenden Weltstaates auf internationaler Ebene, eine Art ‚hobbesschen Urzustand‘ des latenten Krieges aller gegen alle geben würde. Daher müssten eine oder mehrere Mächte, die über die politischen, ökonomischen und militärischen Ressourcen verfügen, für Ordnung und Sicherheit sorgen. In der Umweltdebatte sind ein Aufsatz von Robert Kaplan (1994) und die Arbeiten von Thomas F. Homer-Dixon (1999) bedeutend und einflussreich in der US-amerikanischen Regierungen und in Think-tanks wie dem World Resources Institute. Zentral ist der Gedanke, dass Ressourcenknappheit und Umweltänderungen zu Konflikten und Gewalt führen (vor allem in den sog. Entwicklungsländern), ein Sicherheitsproblem für die (Erste) Welt darstellten und mittels Sicherheitspolitiken bekämpft werden müssten. Während Kaplan vom neo-malthusianischen Argument der Überbevölkerung ausgeht, argumentiert Homer-Dixon, dass Knappheit sich komplexer herstelle. Im Zentrum steht die Analyse von Ressourcenkonflikten – insbesondere um Energieträger –, deren politische Bearbeitung eng mit den Machtressourcen der Staaten zusammenhänge. Der Begriff der Umweltsicherheit im Sinne

eines gesicherten Zugangs zu Ressourcen ist hier wichtig und wird mit dem Begriff der globalen Sicherheit verbunden.

3) Innerhalb des *Paradigmas der Modernisierungstheorie* können zwei Ansätze hervorgehoben werden, die sich aus sozialwissenschaftlicher Sicht mit dem Zusammenhang von ökologischer Krise und Umweltpolitik befassen. Aus *politikwissenschaftlicher* Sicht wird untersucht, warum und inwieweit einzelne hochentwickelte Länder eine umweltpolitische Vorreiterrolle einnehmen. Die Ergebnisse zahlreiche empirischer Untersuchungen zeigen, dass es nicht unbedingt zu einem umweltpolitischen *race to the bottom* in der globalen Konkurrenz kommen muss. Zum einen kann es durch innovative Umweltpolitiken zu umwelttechnisch bedingten Standortvorteilen kommen, wobei hierfür leistungsfähige Verwaltungen notwendig sind, die die Aufgaben und entstehende Probleme überhaupt bearbeiten können. Eine weitere Motivation zu weitreichenden Umweltpolitiken ist der politische Wettbewerb auf internationalen Konferenzen, das heißt die Demonstration politischer Initiative und Willenskraft durch die jeweiligen Regierungen, woraus wiederum Legitimitätsgewinne erhofft werden. Die Umweltpolitik der Pionierländer diffundiert möglicherweise, indem sie Nachahmer findet; hier sind internationale Institutionen oder Regime als ‚Diffusionsagenten‘ wichtig (Jänicke 2003; Sturm et al. 2000).

Im Rahmen der *soziologischen Modernisierungstheorie* stellt die These von der ‚(Welt-)Risikogesellschaft‘ von Ulrich Beck explizit die Verbindung mit der ökologischen Krise her (2008). Ökologische Risiken und Großgefahren, so die These, seien ein unhintergebar Teil der ökologischen Krise und Verteilungsfragen seien von Risikofragen abgelöst worden. Zudem entzögen sich die Umweltprobleme in vielen Fällen der unmittelbaren sinnlichen Wahrnehmung, was auf die gestiegene Bedeutung wissenschaftlichen Wissens und ebensolcher Expertise – die wiederum von Gegenexpertise herausgefordert würde – hindeute.

4) Die im Folgenden skizzierten Ansätze haben gemeinsam, dass sie allesamt herrschaftskritisch sind und Selbstverständlichkeiten des dominanten Verständnisses von ökologischer Krise und Umweltpolitik hinterfragen – und der starke Fokus der Problemlösung, nach den gesellschaftlichen Strukturprinzipien zu fragen, die die Probleme hervorbringen. *Diskurstheoretische Ansätze* beziehen sich vielfach auf die Arbeiten des französischen Philosophen Michel Foucault und dessen sehr weiten Diskursbegriff, der mehr umfasst als lediglich öffentliche Äußerungen. Das herrschaftsförmig strukturierte, aber in vielen Fällen zur Selbstverständlichkeit gewordene Feld des Denk- und Sagbaren im Bereich der ökologischen Krise und der Umweltpolitik wird hier untersucht. Die konstruktivistisch ausgerichteten Diskursanalysen zeigen, wie die vorherrschenden Umweltpolitiken durch

Diskurse vorstrukturiert werden (Hajer 1995; Escobar 1996). Dies wird deutlich beim Diskurs der ‚ökologischen Modernisierung‘, der einen präventiven Ansatz (Vorsorgeprinzip) mit dem Einsatz ökonomischer Instrumente der Umweltpolitik verknüpft.

Die *poststrukturalistischen Gouvernementalitätsstudien* gehen über die Diskursanalyse hinaus und analysieren die Dominanz ökonomischer Instrumente in der Umweltpolitik als neoliberale bzw. fortgeschritten liberale Gouvernementalität (Oels 2005). Dabei gehen sie davon aus, dass umweltpolitische Diskurse durch die Verbindung mit wissenschaftlicher Wahrheitsproduktion wirkten, sowie durch Verknüpfung mit Technologien, Architekturen und Praktiken des Regierens, wodurch wiederum bestimmte Normalitäten und Subjektivitäten erzeugt würden (Luke 1999). Die zunehmende Einbeziehung nicht-staatlicher Akteure in das Regieren als ‚Partner‘ sei Ausdruck der Tatsache, dass heute indirekter und basierend auf Selbstdisziplin regiert werde.

5) Die ökologische Krise und Umweltpolitik sind ebenfalls systematisch innerhalb *feministischer Forschungen* bearbeitet worden, die stark ausdifferenziert sind. Die Ursache der Krise liege in einem männlichen, rationalistischen und westlichen Entwicklungsverständnis, das zuvorderst und als Bestandteil patriarchaler Dominanzverhältnisse an der Beherrschung der Natur orientiert sei (Vinz 2005). Kritisiert wird, dass die herrschenden Formen der Umweltpolitik – samt ihrer epistemischen Macht – dies nicht infrage stellen und damit alternative Ansätze sowie Erfahrungen ausblenden würden. Entsprechend werden der Begriff der nachhaltigen Entwicklung und die damit verbundenen Politiken hinterfragt (Wichterich 2002). Zudem wird die herrschende neoliberale Globalisierung, samt der sie vorantreibenden politischen Institutionen und internationalen Verhandlungsprozesse, als integraler Bestandteil der ökologischen Krise verstanden (Katz et al. 2004). Auf der normativen Ebene geht es der feministischen Forschung bei der Bearbeitung der ökologischen Krise auf vielen Ebenen um Selbstbestimmung und Geschlechtergerechtigkeit, sowie expliziter als in anderen Ansätzen um die Frage der Demokratie (von Braunmühl/von Winterfeld 2003). Zudem wird ein ökofeministisches Projekt gesellschaftlicher Transformation formuliert (Mies/Shiva 1993).

6) Die aktuell in den Wirtschaftswissenschaften vorherrschende neoklassische Orthodoxie versteht sich in weiten Teilen nicht als Sozialwissenschaft. Jedoch verortet sich ein heterodoxer wirtschaftswissenschaftlicher Ansatz, die *ökologische Ökonomie*, durchaus in einem breiteren sozialwissenschaftlichen Kontext (Martínez-Alier 1987). Dieser Ansatz begreift die Ökonomie als eine Art Subsystem, die den Metabolismus (Stoffwechsel) der Gesellschaft mit der Natur in Form von materialen und energetischen Zuflüssen und

Abflüssen (in Form von Emissionen oder Reststoffen) regelt. Wirtschaftliche Entwicklung könne daher nicht begriffen werden, ohne die konkreten Formen des Metabolismus zu analysieren. Die Übernutzung der natürlichen Ressourcen und Senken werde angesichts der kapitalistischen Dynamik von Wachstum und profitorientierter Warenproduktion zunehmend krisenhaft und konfliktiv. Die einzelnen Gesellschaften könnten nicht nur hinsichtlich ihrer Wirtschaftsleistung, sondern auch in Bezug auf ihr ‚metabolisches Profil‘ analysiert werden, d.h. dahingehend, inwiefern sie etwa primär auf die Ressourcen aus anderen Ländern zurückgreifen (USA, Westeuropa, China) oder solche über den Weltmarkt zur Verfügung stellen (Öl exportierende Länder, Brasilien). Innerhalb des Ansatzes der ökologischen Ökonomie wurde auch der Begriff der ‚ökologischen Konflikte‘ geprägt, die sich etwa um die Extraktion von energetischen und mineralischen Ressourcen sowie Verschmutzung und Müllablagerung drehen. Dieser Gedanke wurde vom soziologisch ausgerichteten Ansatz der Erforschung des gesellschaftlichen Stoffwechsels aufgenommen und über die Ökonomie hinausgehend weiterentwickelt (Fischer-Kowalski et al. 1997). Mit dem an Stoffströmen orientierten HANPP-Ansatz (Human appropriation of net primary production) sollen die gesellschaftlich und durch Hilfe von Photosynthese terrestrisch hergestellten organischen Materialien in den Blick geraten. Diese Nettoprimärproduktion kann quantitativ als Biomasse, Energie oder gebundene Kohlenstoffe erfasst und regional wie sektoral zugeordnet werden (Haberl et al. 2007). Popularisiert wurde dieser Ansatz durch den Begriff des ‚ökologischen Fußabdrucks‘.

7) Innerhalb der *kritischen politischen Ökonomie* geht es um den systematischen Zusammenhang zwischen politischen und ökonomischen Entwicklungen des Kapitalismus und seine Auswirkungen auf die Umwelt (Altvater 1991; O‘Connor 1988). Auch hier spielt der Begriff des Stoffwechsels menschlicher Gesellschaften mit der Natur eine Rolle. Dieser Stoffwechsel nehme in kapitalistischen Gesellschaften eine besondere Form an: Die Produktion von Gebrauchswerten um des Tauscherts bzw. Profits Willen, eine herrschaftsförmige Arbeitsteilung zwischen Kapital und Lohnarbeit, sowie anderer Formen von Arbeit und zudem die Entwicklung eines modernen, von der kapitalistischen Ökonomie und den Klassenverhältnissen getrennten Staates. Diese gesellschaftlichen Formen sind zentral für die Organisation des Stoffwechsels zwischen Natur und Gesellschaft. Die Dynamik der kapitalistischen Wirtschaft bestehe darin, Menschen bzw. Arbeitskraft und Natur in Wert zu setzen (Görg 2004). Die moderne kapitalistische Ökonomie basiere auf einem quantitativen, d.h. expansiven Zuwachs von Geldwerten, wobei das auf Krediten basierende Produktionssystem zur

Überschusserzielung zwingt, während hingegen eine natürliche Evolution vor allem in der qualitativen Veränderung von Stoffen und Energien bestehe (Altvater 1991, 2005).

8) Seit den 1980er Jahren hat sich in der Tradition der älteren Kritischen Theorie unter dem Begriff der *gesellschaftlichen Naturverhältnisse* ein Forschungsprogramm entwickelt. Es ist eng verwandt mit dem gerade skizzierten Ansatz, geht jedoch an einigen Punkten über ihn hinaus. Dabei werden neben den materiellen und kapitalistisch-formationsspezifischen Dimensionen stärker die konstruktivistischen Aspekte, also die symbolisch-diskursiven Aspekte der Naturverhältnisse, betont (Jahn/Wehling 1998; Görg 2003; Becker/Jahn 2006). Ausgegangen wird von ineinander verschränkten materiell-stofflichen und kulturell-symbolischen Dimensionen natürlicher Gegebenheiten, sowie gesellschaftlich hergestellter materiell-technischer Artefakte. Natur existiere eigenständig und werde gleichzeitig erst dadurch zugänglich, indem sie gesellschaftlich wahrgenommen und bearbeitet werde. Damit sei sie gestaltbar, jedoch nicht umfassend kontrollierbar. Das Verhältnis von Individuum, Gesellschaft und Natur wird dann als eine durchaus kontingente, durch soziale Auseinandersetzungen hegemonial konstituierte Beziehung von materiellen und kulturellen (kognitiven, normativen und symbolischen) Aspekten begriffen. Die Regulation der widersprüchlichen gesellschaftlichen Naturverhältnisse fände in Institutionen und mittels Normen und Wertvorstellungen statt, in denen die Widersprüchlichkeit über einen bestimmten Zeitraum hinweg stabilisiert wird. Dabei sei die Wahrnehmung von und der Umgang mit ‚Natur‘ hegemonial hergestellt und damit notwendigerweise selektiv. Die globalisierungsvermittelten Transformationsprozesse wurden in diesem Ansatz in zweifacher Hinsicht aufgenommen und führten zu einer Ausdifferenzierung. Zum einen wird in einigen Arbeiten die qualitativ neue Phase kapitalistischer Entwicklung unter dem Begriff des Postfordismus gefasst, der aus anderen Diskussionen (innerhalb der Regulationstheorie und Wirtschaftsgeographie) in die Umweltdebatte importiert wurde. Um die qualitativ neue Phase der Naturaneignung zu begreifen, wurde die Kategorie der postfordistischen Naturverhältnisse entwickelt. Zum zweiten wird die zunehmende Bedeutung internationaler Politik berücksichtigt und mit dem Begriff der Internationalisierung des Staates zu fassen versucht (Brand et al. 2008). Die Arbeiten unter dem Begriff der gesellschaftlichen Naturverhältnisse können international in das breitere Paradigma der politischen Ökologie eingeordnet werden (Köhler 2008), zu der auch die ‚Third World Political Ecology‘ (Bryant/Baley 1997) zu rechnen ist. Dieser Ansatz der politischen Ökologie weist darauf hin, dass in Ländern des globalen Südens der Zugang zu Ressourcen und die Verteilung der Belastungen viel direktere Auswirkungen auf Lebensverhältnisse hätten.

Kontroversen

Eine zentrale Kontroverse in der Debatte um ökologische Krise und Umweltpolitik besteht darin, wer bzw. was die Krise verursacht hat, worin der Kern der Krise besteht und wie ihr zu begegnen ist. Einige Positionen – prominent im Rahmen der Regimetheorie – gehen davon aus, dass es sich bei der ökologischen Krise um einen Trend moderner, zunehmend international interdependenter Gesellschaften handle, der mit angemessenen Politiken umgekehrt werden könne. Kapitalismuskritische Ansätze – wie jener von Altvater – sehen eher einen Zusammenhang mit politisch-ökonomischen Dynamiken und gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen. Arbeiten im Kontext der politischen Ökologie und Forschungsansätze bezüglich gesellschaftlicher Naturverhältnisse nehmen dies auch an und erweitern diese Perspektive, indem sie die Verankerung krisenhafter Naturverhältnisse auch in den Alltagspraktiken – insbesondere den Konsummustern – und im Alltagsverstand der Menschen verorten. In diesen und anderen kritischen Ansätzen wird der Zusammenhang zwischen dominanten Formen der Naturaneignung und deren Krisenhaftigkeit, sowie der Inwertsetzung der Natur thematisiert. Dies führte etwa in der angelsächsischen Debatte dazu, von ‚neoliberaler Natur‘ zu sprechen, um eben den Zusammenhang von neoliberaler Gesellschaftstransformation und Naturaneignung in den Blick zu bekommen (Überblick bei Castree 2008).

Die zunehmende Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung der Wirtschaftsbeziehungen – die 1995 mit der Gründung der Welthandelsorganisation institutionalisiert wurde – prägt ganz wesentlich die Instrumente der Umweltpolitik und die damit einhergehende Transformation von Staat und Zivilgesellschaft. Diskutiert werden in den Sozialwissenschaften wie auch in der breiteren Öffentlichkeit die Rolle und Effektivität marktwirtschaftlicher Instrumente in der Umweltpolitik und ihr Verhältnis zu ordnungspolitischen Mitteln. Einige sehen dazu keine Alternative, andere argumentieren, dass die zerstörerische Dynamik kapitalistischer Marktwirtschaften nicht beseitigt werde.

Eine weitere Kontroverse betrifft das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung, welches sich in vielen politischen und wissenschaftlichen Ansätzen als dominante Orientierung durchgesetzt hat. Jedoch wird dieses Leitbild von verschiedener Seite kritisiert. Die Wirtschaftsliberalen sehen darin eine Behinderung des freien Welthandels und befürchten im Falle zu starker politischer Eingriffe eine Fehlallokation von Ressourcen. Machtkritische Ansätze kritisieren wiederum, dass mit dem herrschenden Begriff der nachhaltigen Entwicklung bestimmte Sichtweisen und institutionelle Praktiken gestärkt und andere geschwächt oder gar

ausgeblendet würden: Umweltprobleme wie der Klimawandel würden als abstrakte Probleme konstruiert, wodurch die konkreten Konflikte um die Aneignung der Natur aus dem Blick geraten würden. Es handle sich zudem um ein top down-Verständnis von Politik, das die internationale Politikebene und die offizielle staatliche Politik fokussiere. Zudem gebe es in der Diskussion ein Primat von westlichem und naturwissenschaftlichem Wissen und Optionen der Krisenbearbeitung und korrespondierend eine Orientierung an Effizienz und Technologien, des Weiteren sei es zu einer Dominanz von Umwelt- gegenüber Entwicklungsfragen gekommen. Insbesondere blendeten die mit dem Begriff nachhaltige Entwicklung angestrebten Umorientierungen und neuen bzw. veränderten Institutionen gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse aus und hätten einen zu starken Fokus auf pragmatischen Problemlösungen. Damit werde jedoch das westliche Produktions- und Konsummodell nicht grundlegend infrage gestellt.

Die Diskussion über ‚Umwelt und Sicherheit‘ bzw. ‚Umweltsicherheit‘ (*environmental security*) (siehe oben), die in den 1980er Jahren – der Spätphase des Kalten Krieges – bereits Konjunktur hatte (Homer-Dixon 1999; Dalby 2002), verschwand in den 1990ern und gewinnt seit dem 11. September 2001 und der Erklärung des Krieges gegen den Terrorismus durch die US-Regierung neue Bedeutung. Für die Ansätze, die sich dem (neo-)realistischen Paradigma zuordnen, geht es zuvorderst um die Sicherung des Zugangs zu natürlichen und agrarischen Ressourcen, die durch entsprechende weltpolitische und -wirtschaftliche Dominanzstrukturen gesichert sein müssten. Und die Grenzen müssten gesichert werden, weil es zu einer Umweltmigration käme. Die kritische Diskussion hingegen nimmt den Begriff der *human security* des Entwicklungsprogramms der UNO (UNDP) von Mitte der 1990er Jahre auf und versucht ihn dahingehend zu wenden, dass es nicht um den machtgestützten Zugang der starken Staaten zu Ressourcen, sondern generell den Zugang von Individuen und Kollektiven – und zwar insbesondere den Schwächeren – zu ihren Lebensmitteln gehen würde. In diesem Kontext gewinnt auch die Diskussion um Umweltgerechtigkeit (*environmental justice*; Parks/Roberts 2006) größere Bedeutung.

Eine weitere, derzeit beginnende und kontroverse Diskussion versucht zu klären, inwieweit es sich in der aktuellen wirtschaftlichen, ökologischen und energetischen Krise um einen tiefen Strukturbruch handelt. So wurde etwa auf dem Weltsozialforum 2009 im brasilianischen Belem der Begriff der multiplen ‚Zivilisationskrise‘ prominent verwendet, um den Zusammenhang von ökologischer, wirtschaftlicher, energetischer und Ernährungskrise herzustellen (Erklärung 2009). Ein anderer Diskussionsvorschlag unter dem Label des ‚Postneoliberalismus‘ versucht die unterschiedlichen Strategien in den Blick zu nehmen, mit

denen die aktuellen Krisen bearbeitet werden, auch und gerade die ökologische Krise (Brand/Sekler 2009).

Und schließlich gibt es wissenschaftlich-politische Debatten um alternative Formen der Naturaneignung und die entsprechenden Wege und Politiken ihrer Realisierung. Dissens besteht hier darin, welche Rolle der Staat bzw. (nationale wie internationale) politische Institutionen im weiteren Sinne bei der Bearbeitung der ökologischen Krise spielen sollten. Manche Ansätze sehen im Staat und in internationalen politischen Institutionen eine Art Vertreter des gesellschaftlichen Allgemeininteresses, die für die Bearbeitung der Umweltprobleme (über rechtliche, finanzielle und Wissenspolitiken) zuständig seien. Die Kritik an dieser Sichtweise lautet, dass der Staat und das internationale politische System (beispielsweise die Welthandelsorganisation oder die Weltbank) zentral an der Verursachung der vielfältigen Umweltprobleme beteiligt seien. Das Dogma der Wettbewerbsfähigkeit sei tief in staatliche Politiken eingelagert. Daher, so die kritischen Einschätzungen, sollte man diese nicht per se als Problemlöser begreifen, sondern zunächst einmal in ihrer Ambivalenz zwischen umweltschützenden und umweltzerstörenden Politiken sehen.

Die Diskussion um Alternativen wird insbesondere in sozialen Bewegungen und kritischen Nichtregierungsorganisationen sowie in Räumen wie dem Europäischen oder Weltsozialforum geführt. Prominenz haben Begriff wie Gemeingüter, das gute Leben oder Ernährungssouveränität (Überblick in Brand/Lösch/Thimmel 2007; Helfrich 2007). Hier wird der Begriff der nachhaltigen Entwicklung kaum verwendet.

Literatur

Altwater, Elmar: *Die Zukunft des Marktes*. Münster 1991.

Axelrod, Regina S./Downie, David Leonard/Vig, Norman (Hg.): *The Global Environment. Institutions, Law, and Policy*. Washington 2005.

Becker, Egon/Jahn, Thomas (Hg.): *Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen*. Frankfurt a. M./New York 2006.

Beck, Ulrich: *Weltrisikogesellschaft*. Frankfurt a. M. 2008.

Reid, Walter V./Berkes, Fikret/Wilbanks, Thomas/Capistrano, Doris (Hg.): *Bridging Scales and Epistemologies: Linking Local Knowledge and Global Science in Environmental Assessments*. New York 2006.

Brand, Ulrich/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim/Wissen, Markus: *Conflicts in Environmental Regulation and the Internationalisation of the State. Contested Terrains*. London/New York 2008.

- Brand, Ulrich/Sekler, Nicola (Hg.): *Postneoliberalism. A beginning debate*. Development Dialogue Nr. 51 der Dag-Hammarskjöld-Stiftung. Uppsala 2009.
- Braunmühl, Claudia von/Winterfeld, Uta von: *Global Governance. Eine begriffliche Erkundung im Spannungsfeld von Nachhaltigkeit, Globalisierung und Demokratie*. Wuppertal Paper 135, Institut für Klima, Umwelt, Energie. Wuppertal 2003
- Breitmeier, Helmut/Young Oran R./Zürn, Michael: The International Regimes Database: Architecture, Key Findings, and Implications for the Study of International Regimes. In: *Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft ,Politik und Umwelt‘* (2007), 41-59.
- Brunnengräber, Achim/Dietz, Kristina/Hirschl, Bernd/Walk, Heike/Weber, Melanie: *Das Klima neu denken*. Münster 2008.
- Bryant, Raymond L./Bailey, Sinéad: *Third World Political Ecology*. London/New York 1997.
- Castree, Noel: Neoliberalising nature: processes, effects, and evaluations. In: *Environment and Planning A* 40. Jg., 2 (2008), 153-173.
- Dalby, Simon: *Environmental Security*. Minneapolis 2002.
- Escobar, Arturo: Constructing Nature. Elements for a poststructural political ecology. In: Richard Peet/Michael Watts (Hg.): *Liberation ecologies: environment, development, social movements*. London/New York 1996, 46-68.
- Fischer-Kowalski, Marina/Haberl, Helmut/Hüttler, Walter/Payer, Harald/Schandl, Heinz/Winiwarter, Verena/Zangerl-Weisz, Helga: *Gesellschaftlicher Stoffwechsel und Kolonisierung von Natur. Ein Versuch in Sozialer Ökologie*. Amsterdam 1997.
- Görg, Christoph: *Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise*. Münster 2003.
- Görg, Christoph/Brand, Ulrich (Hg.): *Mythen globalen Umweltmanagements. ‚Rio+10‘ und die Sackgassen nachhaltiger Entwicklung*. Münster 2002.
- Haas, Peter M./Keohane, Robert O./Levy, Marc A. (Hg.): *Institutions for the Earth. Sources of Effective International Environmental Protection*. Cambridge, MA/London 1993.
- Haberl, Helmut et al: Quantifying and mapping the human appropriation of net primary production in earth's terrestrial ecosystems. In: *PNAS – Proceedings of the National Academy of Sciences of the USA* 104. Jg., 31 (2007), 12942-12947.
- Hajer, Maarten A.: *The Politics of Environmental Discourse. Ecological Modernization and the Policy Process*. Oxford 1995.
- Hauff, Volker (Hg.): *Unsere gemeinsame Zukunft. Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung*. Greven 1987 (engl. <http://www.un-documents.net/wced-ocf.htm>).

- Homer-Dixon, Thomas: *Environment, Scarcity, and Violence*. Princeton, NJ 1999.
- Jänicke Martin: Die Rolle des Nationalstaats in der globalen Umweltpolitik. Zehn Thesen. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B27 (2003), 6-11.
- Kaplan, Robert D.: The Coming Anarchy. In: *The Atlantic Monthly* 273 (1994), 44-76.
- Katz, Christine/Müller, Christa/von Winterfeld, Uta: *Globalisierung und gesellschaftliche Naturverhältnisse*. Wuppertal Papers 143, Wuppertal 2004.
- Kaufmann, Stefan/Müller, Tazio: *Grüner Kapitalismus. Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums*. Berlin 2009.
- Kütting, Gabriela/Lipschutz, Ronnie D. (Hg.): *Environmental governance, power and knowledge in a local-global world*. London/New York 2009.
- Luke, Timothy W.: Environmentality as Green Governmentality. In: Eric Darier (Hg.): *Discourses of the Environment*. Oxford 1999, 121-151.
- Meier, Klaus/Wittich, Evelin (Hg.): *Theoretische Grundlagen nachhaltiger Entwicklung*. Berlin 2007.
- Mies, Maria/Shiva, Vandana: *Ecofeminism*. Halifax et al. 1993.
- Oels, Angela: Rendering climate change governable: From biopower to advanced liberal government? In: *Journal of Environmental Policy and Planning* 7. Jg., 3 (2005), 185-208.
- Park, Jacob/Finger, Matthias/Conca, Ken: The Death of Rio Environmentalism. In: Ken Conca/Matthias Finger/Jacob Park (Hg.): *The Crisis of Global Environmental Governance: Towards a New Political Economy of Sustainability*. London 2008, 1-12.
- Spangenberg, Joachim H. (Hg.): *Sustainable Development – Past Conflicts and Future Challenges. Taking Stock of the Sustainability Discourse*. Münster 2008.
- Spehr, Christoph/Stickler, Armin: Morphing Zone. Nachhaltigkeit und postmodernes Ordnungsdenken. In: Andreas Foitzik/Athanasios Marvakis (Hg.): *Tarzan – was nun? Internationale Solidarität im Dschungel der Widersprüche*. Hamburg 1997, 211-225.
- Sturm, Andreas/Wackernagel, Mathias/Müller, Kaspar: *The Winners and Losers in Global Competition. Why Eco-Efficiency Reinforces Competitiveness: A Study of 44 Nations*, Chur/Zürich 2000.
- Vinz, Dagmar: Nachhaltigkeit und Gender – Umweltpolitik aus der Perspektive der Geschlechterforschung. In: gender...politik...online, web.fu-berlin.de/gpo/pdf/dagmar_vinz/fragen_vinz.pdf (2005).
- Wichterich, Christa: Sichere Lebensgrundlagen statt effizienterer Naturbeherrschung. Von der Transformationsschwäche des Konzepts nachhaltiger Entwicklung aus feministischer Sicht. In: Christoph Görg/Ulrich Brand (Hg.): *Mythen globalen Umweltmanagements*. Münster 2002, 72-92.

Young Oran R./Schroeder Heike/King Leslie A. (Hg.): *Institutions and Environmental Change: Principal Findings, Applications, and Research Frontiers*. Cambridge 2008.

Ulrich Brand